

Ressort: Politik

Bericht: SPD will Kernbrennstoff-Steuersatz um 30 Prozent erhöhen

Berlin, 20.11.2013, 07:54 Uhr

GDN - Den Atom-Konzernen drohen neuen Belastungen: Die SPD will den Steuersatz für die Kernbrennstoff-Steuer um 30 Prozent erhöhen, wie aus dem Abschluss-Papier der Koalitions-Arbeitsgruppe Umwelt hervorgeht. Derzeit zahlt Eon rund 700 Millionen Euro Kernbrennstoffsteuer im Jahr, sagte ein Sprecher der "Rheinischen Post" (Mittwochausgabe).

Die Belastung würde sich demnach um 210 Millionen Euro pro Jahr erhöhen. RWE zahlt nach Angaben einer Konzern-Sprecherin rund 300 Millionen Euro Kernbrennstoff-Steuer pro Jahr. Die Belastung würde sich demnach um 90 Millionen Euro erhöhen. Insgesamt sollen die beiden Konzerne somit 300 Millionen Euro zusätzlich zahlen. Die Union lehnt die SPD-Forderung allerdings ab. Einig sind sich Union und SPD dagegen, die Atomkonzerne beim Abriss der Meiler stärker in die Pflicht zu nehmen. Die Koalition plant einen öffentlich-rechtlichen Fonds "zur Sicherstellung der Finanzierung der nuklearen Entsorgung", heißt es in dem Papier weiter. In diesen Fonds sollen die Konzerne ihre Rückstellungen überweisen. Eon hat nach eigenen Angaben für die Kernkraftwerke 14 Milliarden Euro zurückgelegt, RWE zehn Milliarden Euro.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-25455/bericht-spd-will-kernbrennstoff-steuersatz-um-30-prozent-erhoehen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619